
25.11.2006 - Spectrum / Zeichen der Zeit

Der Putin von Caracas?

Von Gerhard Drekonja-Kornat

Ein Linkspopulist? Ein postmoderner Diktator? Ein wütender Antiimperialist? Womöglich ein Revolutionär - oder doch keiner? Hugo Chávez: Venezuelas Präsident und die Wahlen am 3. Dezember.

Natürlich kenne ich die hämischen Klischees: Venezuelas Präsident Hugo Chávez - ein militärischer Caudillo, ein Linkspopulist, ein postmoderner Diktator, ein Hasardeur, ein wütender Antiimperialist und so weiter. Alle diese Anfeindungen gleiten an mir ab, seit ich Chávez zum ersten Mal in seiner sonntäglichen Fernsehansprache "Aló Presidente" erlebt habe. Inzwischen schalte ich, wann immer in Südamerika, begierig zu. Nicht nur, weil dieser Mann das Profil des Halbkontinents verändert; sondern weil er mit einer bulligen Kraft, nicht inszenierbar durch glatte Medienberater, aus dem Fernsehgerät als großer Kommunikator regiert.

Meistens tritt Chávez im roten Hemd - Rot ist die Farbe seiner bolivariischen Bewegung - um die Mittagszeit an. Bedächtig trinkt er aus einer Tasse seine Schokolade, denn das Ganze wird vier, fünf oder auch sechs Stunden dauern. Chávez gibt das Tagesthema vor, blättert in Unterlagen, erzählt, was er gerade liest - diesmal ist es Tolstois "Krieg und Frieden" -, deckt Probleme auf, fragt seine Minister nach Lösungen, stimmt ein Liedchen an, wirft Kuschhändchen ins Publikum, umarmt Anhängerinnen, hört sich deren Klagen an, beantwortet telefonische Anrufe, berichtet von Gesprächen mit seinen Regierungskollegen in Südamerika, schimpft auf Korruption in der eigenen Umgebung, zeigt Bösartigkeiten des Neoliberalismus auf, macht sich über Oppositionelle lustig und wettet immer wieder gegen das "Imperium" und US-Präsident George W. Bush, den er gern als "Mister Danger" beschwört.

Natürlich wird von Beratern jeweils eine Dramaturgie erstellt und die Liste der Eingeladenen vorbereitet, doch die Essenz des Programms erwächst aus Chávez' Improvisationsgenie, das nicht so sehr intellektuell, sondern aus den Eingeweiden strömt. Darob vibriert seine "bolivarische Revolution", die nun schon seit 1999 marschiert und am 3. Dezember erneut eine Bestätigung an der Wahlurne sucht. Die zehn Millionen Anhänger-Stimmen (bei nicht mehr als 26 Millionen Einwohnern), die Chávez gerne hätte, wird es nicht geben, aber eine relative Mehrheit genügt für weitere sechs Jahre.

Indes, die Frage bleibt: Ist die "bolivarische Revolution" überhaupt eine Revolution? Für deren Schöpfer, den damals blutjungen Offizier Hugo Chávez, der im Dezember 1982 mit Armeekameraden geheim die bolivariische Bewegung MBR-200 gründete, gab es daran nie einen Zweifel. So wie seinerzeit Simon Bolívar Südamerika vom kolonialen Joch der Spanier befreite, wollte Hugo Chávez für Venezuela eine Tabula rasa vorbereiten. Sein Zorn galt der "Vierten Republik", der Phase der liberalen Demokratie, abwechselnd gestellt von COPEI-Christlichsozialen und AD-Sozialdemokraten, die nach dem Sturz des Diktators Pérez Jiménez das Land seit 1958 beherrschten.

Dank des Erdölreichtums hätte Venezuela als demokratisches Paradies glänzen müssen. Allein, die beiden Parteien versteinerten rasch als prassende Oligarchie und verschleuderten die Erdölgewinne in einer Weise, dass Anfang der Neunziger 80 Prozent der Bevölkerung an oder unter der Armutsgrenze hausten. Am schlimmsten trieb es der Sozialdemokrat Carlos Andrés Pérez (CAP), der dabei zum reichsten Mann Lateinamerikas aufstieg und es zudem fertigbrachte, die Sozialistische Internationale für seine Dritte-

Welt-Rhetorik einzuspannen: Ein historisches Foto, das den grinsenden CAP in Caracas zeigt, umgeben von Bruno Kreisky und Willy Brandt, wurde inzwischen in vielen Büros schamhaft abgehängt.

Als CAP 1989 dem drohenden Staatsbankrott durch Dekretierung drakonischer Sparmaßnahmen zuvorkommen wollte, explodierte spontan der Protest der verschaukelten Bevölkerung. Dieser "Caracazo" mit seinen Plünderungen ("Das Volk hat sich nur geholt, was ihm gehört", sagen heute die Chávez-Fans im berühmten Slumviertel "Barrio 23") gab der "Vierten Republik" den Todesstoß und öffnete Chávez die historische Chance. 1992 putschte der Fallschirmjäger-Oberst gegen CAP zweimal, freilich vergeblich. Nach kurzer Haft amnestiert, widmete er sich, jetzt schon ein Volksheld, der legalen Politik. 1998 gewann er erstmals die Präsidentschaft. Seit 1999 steht er der "Fünften Republik" vor.

Obschon seine "bolivarische Revolution" sanft begann und zuallererst mit einer vorbildlichen Verfassung bestach, fing die traditionelle weiße Parteienoligarchie an, nunmehr aus allen Pfründen geworfen, hysterisch gegen Chávez, den mestizischen Aufsteiger aus der Provinz, zu wüten. Mit dem Wohlwollen der US-Botschaft wurde im Februar 2002 ein ziviler Putsch versucht, der, da stümperhaft vorbereitet, nur 47 Stunden dauerte. Präsident Chávez, vom Volk verteidigt, kehrte gestärkt zurück.

Jedoch lag der Erdölpreis damals auf dem Boden, die Unternehmer lösten 2003 einen mehrmonatigen Streik aus, die bürgerliche Presse schoss sich auf Chávez ein, und die Techniker des Staatskonzerns PDVSA, verantwortlich für das Erdöl, sabotierten die Produktion. Chávez drohte die Luft auszugehen. Letztlich jedoch verpuffte die Sabotage der bürgerlichen Opposition. Nach der Kündigung von 18.000 bürgerlichen Spezialisten übernahm die Chávez-Regierung mit eigenem Personal die PDVSA, und da die Exportpreise für Produkte aus dem Kohlenwasserstoff plötzlich anzogen, regnete es bald Devisen. Solcherart überstand die Chávez-Regierung auch unbeschadet den Abwahlversuch vom August 2004.

Seither blüht die "bolivarische Revolution" so richtig auf. Sie agiert an drei Fronten. Erstens intern: Chávez schüttet das Devisen-Füllhorn über ein Dutzend sogenannter "Misiones" aus, die tatsächlich die Unterschichten erreichen und deren Alltag erleichtern. "Misión Barrio Adentro": Volksmedizin und Volksapotheken gratis für die Armenviertel. "Misión Robinson": ein Programm für massive Alphabetisierung. "Misión Sucre": nachholende Hochschulbildung für Werkstätige (wozu parallel die experimentelle Universität "Bolivariana" tritt). Orthodoxe Ökonomen betrachten solche fett subventionierte Programme mit scheelen Augen und meinen, das könne nicht funktionieren. Doch, es funktioniert - solange der Erdölreichtum sprudelt. (Die Quelle wird nicht so bald versiegen.)

Die zweite Front zielt auf Südamerika, wo Chávez den "neoliberalen Virus" austreiben möchte. Sein ehrgeizigstes Projekt ist "Alba" (Alternativa Bolivariana de las Américas), ein Integrationsvorschlag für Südamerika im bolivarianischen Geist, welcher den Plan einer gesamtlateinamerikanischen Freihandelszone (Alca) der USA aushebeln soll. Auch diese Front verschlingt Geld, aber Venezuela hat es - dank exorbitanter Erdölpreise. Damit wird auch "Telesur" finanziert, ein aufwendiges Fernsehprogramm für den gesamten Halbkontinent von der Art des nordamerikanischen Senders CNN.

Eine dritte Front wurde international eröffnet. Venezuela hat Kuba wirtschaftlich wieder auf die Beine gestellt, verhandelt mit Moskau und Teheran, kooperiert mit Angola, Indien, China. Solche Aktivitäten, die auch eine scharfe Kritik Israels enthalten, verunsichern die USA am stärksten. Doch infolge der verfahrenen Lage im Nahen und Mittleren Osten verfügt Washington über kein Instrumentarium, das gegen Venezuela greifen könnte - zumal venezolanisches Erdöl nach wie vor 14 Prozent der Energieimporte der USA stellt. "Latin Finance", das Hochglanzjournal aus der kapitalistischen Hochburg Wall Street, hat Chávez sogar zum "Mann des Jahres" gekürt.

Nach strengen Kriterien mag das gar keine Revolution sein. Doch die Erde bebt. Indem Hugo Chávez das Füllhorn des Erdölreichs über Venezuela und Südamerika ausschüttet, zeigen sich Resultate: intern, indem die Lage der Unterschichten letztthin statistisch deutlich gebessert ist und die Wirtschaft inzwischen um neun Prozent per annum wächst; international, indem Caracas forsch die USA herausfordert.

Übrigens hat auch die Politikwissenschaft Schwierigkeiten mit der Einordnung des unorthodoxen Revolutionärs, der den bürgerlichen Staat mit seiner strengen Gewaltenteilung schrittweise durch den "bolivarischen Staat" ersetzt, dessen Machtfülle im präsidentialen Zentrum prall zunimmt. "Foreign Policy", die gescheitete Fachzeitschrift aus Washington, schlägt für Chávez den Begriff des "competitive authoritarian" vor und stellt den Comandante damit auf die Stufe von Moskaus Putin.

Sei's drum. Jüngst konnte ich "Aló Presidente" im Hotel-TV verfolgen. Wieder ging es stundenlang dahin. Chávez erläuterte das gigantische Projekt einer Erdgasleitung vom Orinoco quer durch Amazonien bis Bolivien und Argentinien, rezitierte stolz Erfolgsstatistiken, beschwor Jesus Christus, küsste resolute Bäuerinnen, trank seine Schokolade. Eine Mutter brachte ihren Sohn, dessen verkrüppeltes Bein in einer chavistischen Klinik geschient worden war, gratis natürlich, um sich überschwänglich zu bedanken. Zum Abschied schloss Chávez den Buben mit einer derart zärtlichen Geste in die Arme, dass mir, dem distanzierten Beobachter aus der säkularen Moderne, der Atem stockte. Plötzlich begriff ich Chávez' thaumaturgische Kraft, die früher die französischen Könige skrofulöse Ausschläge heilen ließ. Würde der Fuß des Buben sich strecken?

Natürlich durfte das Wunder sichtbar nicht passieren. Aber die Kraft des Heilens gesellschaftlicher Skrofeln, ich spürte es, war da. Wie wird der Comandante sie in den kommenden Jahren nützen? Die französischen Könige, untreu ihrer Berufung, endeten auf dem Schafott. Chávez schreitet in eine ganz andere Geschichte - unter der Voraussetzung, dass es ihm gelingt, die kritische Intelligenz des Landes, unter Einschluss eines Teils der Bürgerlichen, um sich zu scharen. [*]

Für die Präsidentenwahlen am 3. Dezember gilt Amtsinhaber Hugo Chávez als eindeutiger Favorit. Meinungsumfragen unabhängiger Institute wiesen ihm zuletzt einen Vorsprung von bis zu 30 Prozentpunkten gegenüber dem Einheitskandidaten der Opposition, Manuel Rosales, aus.

Die Europäische Union wird mit eigenen Beobachtern über den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahlen wachen.

© diepresse.com | Wien